



Verbandsseminar im Haus zum Hägfeld



Wir wünschen allen Lesern und Leserinnen einen guten Start in den Frühling.

Haben Sie Anregungen oder Themen für die nächste Ausgabe, dann schreiben Sie uns bitte an:

Redaktion AWO Regionalverband
Käthe Krüger Str. 15
21337 Lüneburg
oder per e-mail an:
enke@awo-lueneburg.de

Es gab viele gute Gründe über die Zukunft der Verbandsarbeit im Regionalverband zu sprechen. Einige Ortsvereine erleben einen Mitgliederschwund, einige Ortsvereine haben sich in den letzten Jahren zu einem Stützpunkt gewandelt, viele aktive Freiwillige sind neu in die verschiedenen Projekte eingestiegen und der aktuelle Verbandssekretär geht 2018 in Rente.

So kamen am Samstag, den 25. März Vertreter/innen aus dem Vorstand mit Ortsvereinsvorständen, Vertreterinnen aus Stützpunkten und Freiwilligenprojekten im Haus zum Hägfeld zusammen, um über die Zukunftsgestaltung zu beraten. In drei verschiedenen Arbeitsgruppen wurden die Wünsche und Unterstützungsbedarfe von Ortsvereinen, Stützpunkten und Projekten zusammengetragen. An der einen oder anderen Stelle gab es auch lebendige Debatten. Klar war auf jeden Fall, dass der Regionalverband die Verbandsarbeit ausbauen und weiterentwickeln soll. Dazu wurden alle Wünsche im Plenum zusammengetragen. Der Vorstand wird nun zur Sit-

zung des Regionsrates im September 2017 ein Konzept entwickeln und den Mitgliedern vorstellen.

Die nächste Sitzung des Regionsrates wird bald stattfinden, sich unter anderem mit dem Wirtschaftsplan 2017 und auch der Zukunft der AWO-Zeitung beschäftigen. Es gab bereits viel Kritik an der aktuellen Form. Diese Ausgabe entspricht aber noch dem Beschluss der Regionskonferenz vom April 2016. Anregungen und Kritik an die Redaktion sind gerne erwünscht, Das gibt dann zusätzliches Diskussionsmaterial für die Entscheidung im Regionsrat.

Jürgen Enke

Inhalt

| | |
|-----------------------------|---------|
| Titelthema | 1 |
| Sozialpolitik | 2 - 9 |
| Ortsvereine und Stützpunkte | 10 - 11 |
| Impressum | 3 |
| Kontakte / Rat & Hilfen | 12 |

AWO Bundeskonferenz in Wolfsburg

Alle vier Jahre kommen gut 700 Delegierte und Gäste der Arbeiterwohlfahrt zu einer ordentlichen Bundeskonferenz zusammen. Dieses Mal trafen sich die Freundinnen und Freunde der Arbeiterwohlfahrt vom 25. bis 27. November 2016 in Wolfsburg. Mit dabei war diesmal unser Geschäftsführer Günter Wernecke.

Das Motto der Bundeskonferenz 2016 lautete: „Solidarität für alle. Die AWO.“ Die Bundeskonferenz ist das höchste Beschlussorgan der Arbeiterwohlfahrt. Sie bestimmt über die sozialpolitischen, fachpolitischen und verbandspolitischen Grundlagen. Sie ist außerdem zuständig für die Beschlussfassung über Satzung, Statut, Grundsatzprogramm etc.

Mitglieder der Konferenz sind das Präsidium, der Vorstand, die Delegierten der Landes- und Bezirksverbände, die Beauftragten der korporativen Mitglieder des AWO Bundesverbandes sowie ein/e Vertreter/in des Bundesjugendwerkes. „Drei ereignisreiche Tage Bundeskonferenz mit vielen engagierten und zukunftsweisenden Beschlüssen für die zukünftige Verbandsarbeit und einer beeindruckenden Rede von SPD-Parteichef Sigmar Gabriel liegen hinter uns“, erklärte der AWO Präsident Wilhelm Schmidt zum Abschluss der Bundeskonferenz der AWO in Wolfsburg. Dabei wurden

u. a. sozialpolitische Beschlüsse gegen Altersarmut und für gute und kostenfreie Bildung verabschiedet. Für die zukünftige Verbandsausrichtung sind beispielsweise die Beschlüsse „Grundsätze für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung“ und „Die AWO für Vielfalt“ wegweisend.

„Die AWO fordert ein Rentenkonzept, das auch zukünftigen Rentnern eine armutsfeste Rente garantiert“, erklärt der AWO Präsident warum die Bundeskonferenz der AWO gleich zwei Beschlüsse zum Thema Rente bzw. Altersarmut verabschiedet hat. „Schluss mit dem immer weiter sinkenden Rentenniveau. Die gesetzliche Rente muss es gewährleisten, dass man seinen Lebensstandard halten kann. Deshalb fordert die AWO, dass die Rentenanpassungsformel so verändert wird, dass das Rentenniveau nicht weiter abgesenkt sondern schrittweise wieder erhöht wird“, erklärte Wilhelm Schmidt.

Darüber hinaus hat die Bundeskonferenz einen Beschluss zum Thema: Grundsätze der Arbeiterwohlfahrt zu verantwortungsvoller Verbands- und Unternehmensführung innerhalb der AWO verabschiedet. „Aus den Werten der AWO leitet sich eine besondere Verantwortung im Umgang mit den finanziellen und personellen Ressourcen innerhalb der Verbands- und Un-

ternehmensführung in der AWO ab“, erklärte der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler und ergänzte: „Wir müssen Transparenz und Kontrolle unserer Arbeit gewährleisten. Die AWO muss sich sowohl als Arbeitgeberin als auch als Anbieterin sozialer Dienste an ihre Werte binden und sich daran messen lassen.“

Im Bereich der Verbandspolitik verabschiedete die Bundeskonferenz den Beschluss „Die AWO für Vielfalt“. „Die Arbeiterwohlfahrt ist überzeugt, dass es für die Entwicklung der Gesellschaft im 21. Jahrhundert eine gezielte Politik der Vielfalt braucht“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. Dabei gehe es vor allem um die Wertschätzung von Vielfalt. Umgesetzt werden soll dies, indem der Verband durch eine enge Zusammenarbeit mit anderen Interessensvertretungen erörtert, welche Bedürfnisse und Erwartungen die Menschen in ihrer Vielfalt an die Einrichtungen und Dienste der Arbeiterwohlfahrt haben.

Die nächste Bundeskonferenz findet bereits 2019 – 100 Jahre nach Gründung der AWO statt. Die Beschlüsse der Bundeskonferenz sind für den Gesamtverband bindend. Auf der Internetplattform der Bundeskonferenz www.awo-bundesverband.org sind sämtliche Beschlüsse bereitgestellt.

Impressum AWO Regionalverband Lüneburg / Uelzen / Lüchow-Dannenberg e. V.

Erscheinungsweise: zweimal im Jahr mit einer Auflage von jeweils 1.100; die Zeitung wird kostenlos an Mitglieder und politisch Verantwortliche verteilt. Im Abo ist die AWO-Zeitung zum Jahrespreis von 10,- (gegen Vorkasse, incl. Porto) erhältlich.

Redaktion: Jürgen Enke (v. i. S. d. P.)

Herausgeber: AWO Regionalverband Lüneburg / Uelzen / Lüchow-Dannenberg e. V., Käthe Krüger Str. 15, 21337 Lüneburg; Der Vorstand; Vorsitzender: Achmed Date, Bleckede
Telefon 04131-75960 · Fax 04131-759613
e-mail: enke@awo-lueneburg.de
internet: www.awo-lueneburg.de

Spenden zugunsten der AWO-Zeitung erbitten wir unter dem Stichwort „Zeitung“ an die AWO, Kto: 48405 bei der Sparkasse Lüneburg (BLZ: 240 501 10) – eine steuerlich absetzbare Spendenbescheinigung wird umgehend zugesandt.



2017: Soziale Gerechtigkeit stärker in den Fokus rücken!

Wachsende soziale Ungleichheit bedeutet eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Politik des Jahres 2017 wird ganz im Zeichen der im Herbst stattfindenden Bundestagswahl stehen. Trotz der allgemein guten wirtschaftlichen Lage wird die neu zu wählende Bundesregierung vor großen Herausforderungen stehen. „Es gilt nicht weniger, als die bundesdeutsche Gesellschaft zusammenzuhalten. Es gibt zu viele Menschen, die nicht an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben konnten“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. Hinzu kommen gesellschaftliche Entwicklungen, die neue Verteilungsfragen aufwerfen: So wird der demografische Wandel die Sozialwirtschaft in doppelter Hinsicht fordern. Zum einen im Hinblick auf die steigende Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen für ältere Menschen und zum anderen im Hinblick auf den Fachkräftemangel, der in vielen Einrichtungen und Diensten schon heute spürbar ist. Gleichzeitig schotten sich Deutschland und Europa immer weiter ab und die Angst vor Geflüchteten nimmt zu. „Die Antwort kann nur darin liegen, mehr Demokratie zu leben und mehr Vielfalt zu wagen“, betont der AWO Bundesvorsitzende.

Vor diesem Hintergrund fordert die AWO für das Jahr 2017 von den demokratischen politischen Parteien, sich für eine Politik einzusetzen, die die folgenden fünf Kernforderungen umsetzt:

1. Mehr Verteilungsgerechtigkeit schaffen! Armut und soziale Ausgrenzung müssen in allen Lebenslagen konsequenter bekämpft werden. Dies erfordert einen weiteren Ausbau des Sozialstaates, insbesondere realitätsgerechte Grundsicherungs- und Sozialhilfeleistungen sowie ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum. Gleichzeitig bedarf es einer umfassenden Reform der familienpolitischen Leis-

tungen, die eine konsistente, gerechte und transparente Förderung der Familien sicherstellt. Der zunehmenden Spaltung zwischen Arm und Reich muss durch eine höhere Besteuerung von Reichtum und Vermögen begegnet werden. Darüber hinaus braucht es eine höhere Besteuerung der Kapitalerträge und eine Finanztransaktionssteuer.

2. Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken! Alle Menschen in unserer Gesellschaft müssen gleiche Rechte und gleiche Chancen haben. Dies erfordert vor allem eine konsequentere Gleichstellung von Frauen und Männern, mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderungen, eine entschiedene Bekämpfung jeglicher Diskriminierung und ein Eintreten für eine moderne Vielfaltspolitik. Zudem muss das bürgerschaftliche Engagement bessere Rahmenbedingungen erhalten, denn ein breites bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck eines starken Zusammenhalts in der Gesellschaft.

3. Geflüchteten eine Perspektive geben! Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten müssen, sollen einen umfassenden Schutz und eine Perspektive für ein friedliches und selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft erhalten. Auch dazu benötigen wir ein zukunftsorientiertes Einwanderungsgesetz, das über die reine Fachkräftesicherung hinaus geht und die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben aller Menschen in unserer Gesellschaft regelt.

4. Soziale Sicherheit gewährleisten! Unsere Gesellschaft basiert auf dem Ziel von sozialer Gerechtigkeit. Dazu werden starke soziale Sicherungssysteme benötigt, die eine selbstbestimmte Teilhabe und wirtschaftliche Unabhängigkeit in allen Wechselfällen des Lebens garantieren, insbesondere bei Arbeitslosigkeit,

Krankheit, Erwerbsminderung, Pflege und im Alter. Die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen muss als Fundament der Sozialversicherung wiederhergestellt werden. Zugleich muss die Solidarität in unseren sozialen Sicherungssystemen gestärkt werden. Dies erfordert, dass alle Bürger*innen in die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung einbezogen werden. Ebenso muss die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden, die den Lebensstandard nach einem erfüllten Erwerbsleben wieder absichert und damit auch vor Altersarmut schützt.

5. In soziale Infrastruktur investieren! Soziale Sicherheit in einer verunsicherten und älter werdenden Gesellschaft braucht einmal mehr eine funktionierende soziale Infrastruktur im Quartier, von Kindertagesstätten, über Beratungseinrichtungen bis hin zu Seniorenzentren. Damit dies gelingt, bedarf es verstärkter Investitionen in die soziale Infrastruktur. Ihre Entwicklung darf nicht sich selbst oder dem gewinnorientierten Wettbewerb überlassen werden.

Eine wachsende soziale Ungleichheit bedeutet nicht nur eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Die zunehmende Ungleichheit untergräbt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und entlädt sich in einem Zulauf zu politischen Extremen. Angesichts dieser Entwicklungen wird es Aufgabe der Politik in diesem und in den kommenden Jahren sein, das verloren gegangene Vertrauen der Menschen in den demokratischen und sozialen Rechtsstaat wieder zurückzugewinnen“, zeigt sich der AWO Bundesvorsitzende überzeugt

Allianz für Weltoffenheit ruft zu Besonnenheit auf

Gemeinsame Erklärung der Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat zu dem Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche.

Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche erfüllt uns mit großer Bestürzung, Entsetzen und Trauer. Mit tief empfundenem Mitgefühl sind wir bei den Opfern und ihren Angehörigen. Unsere Dankbarkeit und unser Respekt gehören den Sanitärerinnen und Sanitätern, den Einsatzkräften und Ermittlungsbehörden, die umsichtig und besonnen auf die entsetzlichen Geschehnisse reagiert haben. Die Allianz für Weltoffenheit ruft die Menschen in Deutschland dazu auf, angesichts der Schreckensmeldungen vom Montagabend Augenmaß zu wahren. Mehr denn je brauchen wir jetzt eine sachliche Debatte, getragen von den gemeinsamen Werten,

die unser friedliches Zusammenleben erst ermöglichen. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde, Weltoffenheit, Toleranz, Respekt und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit bilden den demokratischen Kitt, der unsere pluralistische Gesellschaft trotz aller Unterschiede zusammenhält. Politik,



Medien und Öffentlichkeit sollten nun mit Besonnenheit reagieren und die Sicherheitsbehörden bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützen. An erster Stelle muss der Schutz der Menschen vor Gewalttaten stehen. Unter dem Eindruck des mörderischen Terrorakts an der Berliner Gedächtniskirche sieht sich unsere Allianz mehr denn je gefordert, aktiv für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und den sozialen und kulturel-

len Zusammenhalt in unserem Land einzutreten. Wir dürfen nicht zulassen, dass Angst, Intoleranz und Ausgrenzung die Oberhand gewinnen. Es gilt, das Vertrauen in die Stabilität und Handlungsfähigkeit unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen zu stärken. Um diesem gemeinsamen Anliegen eine starke Stimme zu verleihen, haben sich unter dem Dach der Allianz folgende Partner versammelt: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutsche Bischofskonferenz, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Evangelische Kirche in Deutschland, Koordinierungsrat der Muslime, Zentralrat der Juden in Deutschland. Mitgetragen wird die gemeinsame Presseerklärung der Allianzpartner von der Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Diakonie Deutschland und dem Paritätischen Gesamtverband.

Ungleichheit hat zugenommen

Acht Männer besitzen soviel wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit. Das geht aus einer Studie von Oxfam hervor. Die Organisation beklagt darin, dass sich die Wohlstandsschere immer weiter öffnet und zeigt auf, wie das geändert werden könnte.

Noch nie in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte war der Wohlstand weltweit so ungleich verteilt wie heute. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die Entwicklungsorganisation Oxfam vorgestellt hat. Laut von Oxfam zusammengestellten Daten besitzen die acht reichsten Menschen der Welt - allesamt Männer - gemeinsam ein ähnlich großes Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit. Das reichste Prozent

der Menschheit besitzt demnach seit 2015 mehr als der gesamte Rest. Zuerst liegen der Studie Daten aus verschiedenen Quellen, die Oxfam zusammengetragen hat. So führte die Organisation etwa Forbes-Schätzungen zum Vermögen der acht reichsten Männer mit Schätzungen zum weltweiten Vermögen der Bank Credit Suisse zusammen. Die Daten zeigen, dass die Ungleichheit über die Zeit zugenommen hat. Demnach wuchs das globale Einkommen weltweit von 1988 bis 2011 um rund 11,9 Billionen Euro. Die reichsten zehn Prozent profitierten davon am meisten. Auf sie entfiel laut der Daten mehr als 45 Prozent der Steigerung. In Deutschland lag der Zuwachs des reichsten

Zehntels demnach bei 34 Prozent. Die Organisation macht für die Ungleichheit politische und unternehmerische Fehlentwicklungen verantwortlich. Sie fordert, dass Staaten stärker kooperieren anstatt gegeneinander in einen Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern zu treten. Gleichzeitig sollen sie unternehmerisches Handeln fördern, das sich weniger auf Kapitalgeber und stärker auf Arbeiter und Umweltkosten konzentriert.

Kritikpunkt ist zudem das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für Wohlstand. Unbezahlte Arbeit innerhalb von Familien trägt zum Wohlstand einer Gesellschaft bei, werde vom BIP aber nicht gemessen.

(Quelle: dpa v. 16.01.2017)

Armuts- und Reichtumsbericht: AWO fordert Konsequenzen

Anlässlich des Experten-Symposiums am 10. Januar 2017 erklärt der stellvertretende Vorsitzende des AWO Präsidiums, Prof. Dr. Thomas Beyer zum vorgelegten Entwurf der Bundesregierung zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht: „Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung könnte eine großartige Gelegenheit sein, endlich den Kampf gegen Armut aufzunehmen, denn er liefert eine Fülle aktueller und wichtiger Daten und Fakten über die Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland. Doch diese Chance wird leider verpasst, denn was dem Bericht fehlt, sind die verteilungspolitischen Konsequenzen. Der Armuts- und Reichtumsbericht muss neben einer ehrlichen Bestandsaufnahme vor allem konkrete gesetzgeberische Maßnahmen gegen Armut und für mehr Verteilungsgerechtigkeit vorschlagen. So könnten die Ursachen von Armuts- und Armutsgefährdung strukturell angegangen beziehungsweise beseitigt werden. Dass der Armuts- und Reichtumsbericht leider häufig nicht über eine Bestandsaufnahme hinausgeht, zeigt sich besonders daran, dass

durch den Bericht einmal mehr deutlich wird, dass die Schere zwischen Armut und Reich trotz der soliden Konjunktur und der guten Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren weiter auseinandergegangen ist. Dieser beschriebenen Entwicklung folgen keine wesentlichen neuen Schlussfolgerungen, wie zum Beispiel geltende Regelungen kritisch auf ihre Wirksamkeit zu prüfen. Als besonders kritisch wertet die AWO, dass im Armuts- und Reichtumsbericht der Lebensphasenansatz eine starke individuelle Perspektive aufweist und dadurch die Gefahr birgt, dass institutionelle und strukturelle Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung unerkannt bleiben. Aus Sicht der AWO darf sich der Fokus aber nicht auf individuelles Verhalten konzentrieren, sondern muss auf den Wandel der Verhältnisse gerichtet werden. Gleichzeitig darf die soziale Wirklichkeit nicht unabhängig und losgelöst von der wirtschaftlichen Situation und Verfasstheit der deutschen Wirtschaft gesehen werden. Generell gilt nach Meinung der AWO, dass Armut und Reichtum im Verhältnis nicht isoliert voneinander betrachtet

werden dürfen. Somit ist es notwendig, dass sich der Bericht mit Reichtum und seinen gesellschaftlichen Ursachen und Folgen intensiv auseinandersetzt. Nur so können Verteilungsspielräume im Fünften Armuts- und Reichtumsbericht offengelegt werden. So hofft die AWO auf mehr Mut von der Bundesregierung, die Umverteilungsdebatte neu aufzuwerfen. Die Bundesregierung muss auf Grundlage einer schonungslosen Bestandsaufnahme wirksame Maßnahmen zur Überwindung der wachsenden Ungleichheit und steigenden Armutszahlen auf den Weg bringen. Vor diesem Hintergrund fordert die AWO ein eigenständiges Armutsbekämpfungsprogramm, das sowohl ausreichend Bildungschancen über den gesamten Lebenslauf hinweg als auch eine andere Verteilungspolitik ermöglichen muss. Denn es wäre zu kurz gegriffen, sich allein auf bessere Bildungschancen zu konzentrieren. Um der ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung wirksam entgegenzusteuern, bedarf es insbesondere steuerpolitischer Instrumente.“

AWO-Bundesverband

Armutszahlen: Zu viele Menschen abgehängt und ausgeschlossen

Das Statistische Bundesamt veröffentlichte die Ergebnisse der Erhebung „Leben in Europa“. Demnach war in Deutschland 2015 jeder Fünfte von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler kommentiert die Zahlen: „Die tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen haben in Deutschland immer weniger mit der gesamtwirtschaftlichen Lage zu tun. 20 Prozent der Bevölkerung sind von Teilhabe und Wohlstand ausgeschlossen. Diese Zahl ist seit acht Jahren konstant und steht im starken Widerspruch dazu, dass wir aktuell

die niedrigste Arbeitslosenzahl seit 25 Jahren haben. Hier wird eine bedenkliche Entkopplungstendenz sichtbar. Die AWO fordert von der Politik, diese bedrohliche Entwicklung zu stoppen. Wir müssen uns die Frage stellen, warum in Deutschland trotz wirtschaftlich guter Lage weiterhin so viele Leute abgehängt und ausgeschlossen werden und vor allem, was dagegen getan werden kann und muss. Europaweit besteht in der Bundesrepublik die höchste Vermögensungleichheit. Während die untere Hälfte der Haushalte nur über rund ein Prozent des gesamten Nettovermögens verfügt, besitzen

die oberen 10 Prozent fast 60 Prozent. Die AWO sieht die Lösung in einem neuen ganzheitlichen Weg, der eine Querschnitts- und Gesamtstrategie beinhalten muss. Soziale Gerechtigkeit kann nur gelingen, wenn einerseits allen Menschen in unserer Gesellschaft Chancengleichheit und eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht und andererseits mehr Solidarität der Reichen und Vermögenden durch eine gerechte Verteilungspolitik eingefordert wird. Für das politische Ziel von mehr sozialer Gerechtigkeit ist die AWO jederzeit bereit, tatkräftig mitzuarbeiten.“

AWO-Bundesverband

Langzeitarbeitslose **individuell fördern**

„Wir können es uns aus humanen Gründen nicht leisten, Menschen über 10 Jahre im Leistungsbezug zu belassen“, sagt der AWO-Geschäftsführer Günter Wernecke. Die AWO fordert, dass auch langzeitarbeitslose Menschen, die im SGB II gefördert werden, entsprechend ihren Interessen und Fähigkeiten die Möglichkeit erhalten, an Beschäftigung und Qualifizierung teilzunehmen. Darüber hinaus fordert die AWO einen sozialen Arbeitsmarkt, der es Menschen dauerhaft ermöglicht, möglichst nah an der Arbeitswelt an der Gesellschaft teilzuhaben. In der Studie des IAB wurde erhoben, dass etwa 1 Million Menschen in den ersten zehn Jahren seit Einführung der Grundsicherung für

Arbeitssuchende ununterbrochen auf Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) angewiesen waren. Ein Sozialer Arbeitsmarkt würde es allen Menschen ermöglichen, in das Arbeitsleben integriert zu werden. Die AWO unterstützt das Modell des Passiv-Aktiv-Transfers, wonach Geldleistungen, die bisher für die Unterstützung von arbeitslosen Menschen verwendet werden, stattdessen für die Finanzierung von Arbeitsplätzen genutzt werden bereits auf Bundesebene. „Wir hoffen sehr, dass sich dieses erfolgsversprechende Modell irgendwann auch vor Ort durchsetzen wird“, erklärt Wernecke, „Wir müssen hier aber in großen Zeiträumen denken und akzeptieren, dass es manchmal viele Jahre dauert,

bis eine Arbeitsmarktintegration möglich ist. Hinter diesem Problem stehen einzelne Menschen, die ein Recht darauf haben, individuell gefördert zu werden und an der Gesellschaft teilzuhaben und wir haben damit in der Vergangenheit bereits gute Erfahrungen gesammelt.“

Die Förderquote ist jedoch in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Nur noch 9% der Leistungsempfänger im SGB II haben im Jahr 2015 die Chance gehabt, an einer Arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilzunehmen und somit ihre Chancen auf Wiedereingliederung zu erhöhen. Im Jahr 2010 waren dies noch 15%.

AWO-Regionalverband

ZFF: Reform Unterhaltsvorschuss: Glückwunsch, Frau Schwesig!

Das Zukunftsforum Familie e. V. (ZFF) begrüßt den Beschluss von Bund und Ländern zum Unterhaltsvorschuss, hofft aber auf weitere Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren. Bund und Länder haben sich in Anlehnung an ihren Beschluss vom 14. Oktober 2016 auf konkrete Eckpunkte zum Ausbau des Unterhaltsvorschusses verständigt. Künftig soll ein Kind bis zum 18. Geburtstag und ohne zeitliche Beschränkung staatliche Hilfe erhalten, wenn ein Elternteil nicht zahlt oder zahlen kann. Der Unterhaltsvorschuss tritt jedoch erst zum 1. Juli 2017 in Kraft und wird nicht, wie u. a. vom ZFF gefordert, rückwirkend zum 1. Januar gezahlt. Ebenfalls ist Teil des Kompromisses zwischen Bund und Ländern, die Vorrangigkeit des Unterhaltsvorschusses vor SGB II-Leistungen für Alleinerziehende mit älteren Kindern abzuschaffen. Sie müssen

nun bis zu 600 Euro dazuverdienen, um den Unterhaltsvorschuss in Anspruch nehmen zu können. Alexander Nöhring (Geschäftsführer des ZFF) erklärt dazu: „Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich Bund und Länder in Anlehnung an ihren Beschluss vom 14. Oktober auf weitere Eckpunkte zur Reform des Unterhaltsvorschusses geeinigt haben! Die Aufhebung der Begrenzung auf das 12. Lebensjahr und die zeitliche Beschränkung auf 72 Monate waren längst überfällig. Alleinerziehende leisten so viel, sie brauchen unsere besondere Unterstützung und eine bessere Absicherung. Durch die Abschaffung der Vorrangigkeit des Unterhaltsvorschusses vor SGB II-Leistungen für ältere Kinder bleibt jedoch zu befürchten, dass Alleinerziehende letztendlich länger als nötig im SGB II Bezug verbleiben. Ebenfalls hoffen wir auf weitere

Verbesserungen im Hinblick auf die Höhe des Unterhaltsvorschusses. Es ist nicht nachvollziehbar, dass beim Unterhaltsvorschuss das volle Kindergeld angerechnet wird. Um eine langfristige Existenzsicherung für Kinder von Alleinerziehenden sicherzustellen, fordert das ZFF perspektivisch, die Familienförderung, vom Kopf auf die Füße zu stellen: mit einer sozial gerechten Kindergrundsicherung von 564 Euro pro Monat, die eine Vielzahl an Leistungen zusammenfasst, sich am steuerlichen Existenzminimum orientiert und am Einkommen der Eltern bemessen wird. Davon würden langfristig alle Familien mit Kindern profitieren.“ (Das „Zukunftsforum Familie“ ist der bundesweite familienpolitische Fachverband der AWO – unser Regionalverband ist dort seit vielen Jahren Mitglied)

AWO-Bundeskonferenz in Wolfsburg: **Solidarität für alle!**

Mit 21 Delegierten und Gästen war der AWO Bezirksverband Hannover e. V. auf der Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Wolfsburg vertreten. Mit dabei war als Gast unser Geschäftsführer Günter Wernecke. Die aus dem Kreis Schaumburg stammende Christiane Reckmann vertritt den AWO Bezirksverband Hannover e.V. nach ihrer Wiederwahl in das Präsidium des Bundesverbandes weitere vier Jahre als Beisitzerin. „Drei ereignisreiche Tage Bundeskonferenz mit vielen engagierten und zukunftsweisenden Beschlüssen für die zukünftige Verbandsarbeit und beeindruckenden Reden der Gäste aus SPD liegen hinter uns“, sagt Marco Brunotte, der Vorsitzende des Präsidiums AWO Bezirksverband Hannover e. V. zum

Abschluss der Bundeskonferenz der AWO in Wolfsburg. Ministerpräsident Stephan Weil forderte die Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten in Niedersachsen und begegnet damit einer der zentralen Forderungen der AWO. „Bildung ist ein ganz zentraler Baustein zur Herstellung einer chancengerechten Gesellschaft. Deshalb fordert die AWO die Kostenfreiheit aller öffentlichen Bildungsangebote von der Krippe bis zur Hochschule“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler, stellt jedoch zugleich klar: „Kostenfreiheit darf aber nicht zu Lasten der Qualität gehen, deshalb muss es darum gehen, die Qualität von Bildungsangeboten zu sichern.“ Auf der Konferenz wurden u.

Altersarmut, für gute und kostenfreie Bildung und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus verabschiedet. Im Bereich der Verbandspolitik verabschiedete die Bundeskonferenz den Beschluss „AWO für Vielfalt“: „Die Arbeiterwohlfahrt ist überzeugt, dass es für die Entwicklung der Gesellschaft im 21. Jahrhundert eine gezielte Politik der Vielfalt braucht“, erklärt Marco Brunotte. Dabei gehe es vor allem um die Wertschätzung von Vielfalt. Umgesetzt werden soll dies, indem der Verband durch eine enge Zusammenarbeit mit anderen Interessensvertretungen erörtert, welche Bedürfnisse und Erwartungen die Menschen in ihrer Vielfalt an die Einrichtungen und Dienste der Arbeiterwohlfahrt haben.

AWO-Bezirksverband Hannover

AWO fordert: **Armut von Kindern darf nicht länger hingenommen werden**

Die heute von der Saarbrücker Zeitung zitierten Daten aus dem Entwurf des fünften Armuts- und Reichtumsberichts bestätigen erneut erschreckende Entwicklungen. Der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler erklärt dazu: „Es ist wirklich eine Schande, dass so viele Kinder in Deutschland von Armut bedroht sind. Die Politik muss endlich reagieren und konkrete Schritte gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen unternehmen.“ Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht soll im kommenden Jahr veröffentlicht werden. Erste Ergebnisse wurden aber bereits öffentlich. Demzufolge werden Ergebnisse vergangener Studien bestätigt. Der Anteil der Kinder, deren Familien auf Hartz IV angewiesen sind, ist in den vergangenen fünf Jahren deutlich gestiegen. Rund 3 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind von

Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Demnach ist jedes fünfte Kind von Armut bedroht.

„Die Chancen auf ausreichend Teilhabemöglichkeiten an der Gesellschaft – also an Bildungs- und Freizeitangeboten – sind bei diesen Kindern erschreckend eingeschränkt“ betont Stadler. „Deshalb ist es wichtig, dass die Bekämpfung von Kinderarmut als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen wird. Um die Bundesregierung wiederholt für das wichtige sozial- und bildungspolitische Thema zu sensibilisieren, unterstützt die AWO den Aufruf „Keine Ausreden mehr: Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland endlich bekämpfen!“ Wir fordern drei konkrete Schritte, um die materielle Situation von armen Kindern und Jugendlichen zu verbessern:

1. Das soziokulturelle Existenzmini-

mum von Kindern und Jugendlichen muss transparent und realistisch ermittelt und zuverlässig gewährleistet werden.

2. Die Ungerechtigkeiten in der Familienförderung sind abzubauen.

3. Leistungen müssen einfacher gestaltet und für die Berechtigten leichter zugänglich sein.

Die AWO sieht in der Einführung der Kindergrundsicherung den richtigen Lösungsansatz, der alle drei Forderungen gleichermaßen umsetzt. „Darüber hinaus ist es wichtig, hinreichende und qualitativ hochwertige Betreuungs- bzw. Bildungsangebote in Kita und Schule zu gewährleisten. Nur mit diesem Mix aus Geld und Infrastrukturleistungen können langfristig allen Kindern gute Bildungs- und Teilhabechancen eröffnet werden“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende.

AWO-Bundesverband

Keine Ausreden mehr: **Armut von Kindern und Jugendlichen endlich bekämpfen!**

Drei Schritte gegen Kinderarmut – Forderungen zur Bundestagswahl. Wirksames Handeln gegen Kinderarmut ist überfällig: Die Zahl armer Kinder steigt von Jahr zu Jahr. Rund 3 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, so Erhebungen des Statistischen Bundesamtes. Jedes fünfte Kind lebt in Armut. 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche beziehen Grundsicherungsleistungen, davon leben knapp 1 Million Kinder in Alleinerziehenden-Haushalten.

Materielle Armut ist der zentrale Risikofaktor für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Armut bedeutet einen ständigen Mangel in der materiellen Grundversorgung. Armut schränkt die Bildungschancen von jungen Menschen, ihre gesundheitliche Entwicklung und ihre kulturellen und sozialen Beteiligungsmöglichkeiten ein und wirkt sich auf das gesamte weitere Leben aus.

Im Herbst 2017 wird der Bundestag neu gewählt. Die Parteien diskutieren momentan ihre Wahlprogramme. Die unterzeichnenden Organisationen rufen die Parteien dazu auf, überzeugende Konzepte vorzulegen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die die Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und Ungerechtigkeiten im Familienlastenausgleich beseitigen. Die unterzeichnenden Organisationen werden aufmerksam verfolgen, welchen Stellenwert die Beseitigung von Kinderarmut in den Wahlprogrammen, einer Koalitionsvereinbarung und in Gesetzgebungsvorhaben erhält und ob konkret benannt wird, bis wann und wie Kinderarmut in Deutschland überwunden sein soll. Wir fordern drei konkrete Schritte, um die materielle Situation von armen Kindern und Jugendlichen zu verbessern:

1. Das soziokulturelle Existenzmini-



mum von Kindern und Jugendlichen muss transparent und realistisch ermittelt und zuverlässig gewährleistet werden. Der Bedarf, der im Regelsatz für Kinder festgelegt wird, ist zu gering angesetzt, er schreibt Kinderarmut fest. Regelsätze, die nur aus den Ausgabenpositionen der ärmsten Haushalte errechnet werden, führen zu einem Armutskreislauf. Sie spiegeln nicht wider, was wirklich gebraucht wird. Erhobener Mangel, der dann zum Maßstab für Regelsätze wird, bleibt Mangel. Ergänzende Erhebungen zu notwendiger Ernährung und Kleidung, tatsächlichen Schulbedarfen, Mobilitätskosten und Teilhabebedarfen sind nötig. Der besondere Bedarf von Kindern - dazu gehört der Mehrbedarf für Kinder mit getrennt lebenden Eltern - ist ebenfalls transparent, sach- und realitätsgerecht zu ermitteln und zu berücksichtigen. Es bedarf einer in dieser Weise ermittelten einheitlichen soziokulturellen Existenzgrundlage, die für alle jungen Menschen gilt. Ein in sich stimmiges Gesamtsystem aus sozialpolitischen und familienpolitischen Leistungen ist notwendig.

2. Die Ungerechtigkeiten in der Familienförderung sind abzubauen. Die Förderung von Familien muss sich an der Übernahme von Fürsorgeverantwortung für andere festmachen. Familien müssen in allen Lebensformen und Lebensphasen unterstützt werden. Die Familienförderung muss sozial gerechter und transparenter ausgestaltet werden. Aktuell werden Kinder gutverdienender Eltern durch die Kinderfreibe

träge stärker unterstützt als Kinder Erwerbsloser oder mittlerer Einkommensbeziehender. Das Kindergeld als Förderleistung wird im SGB-II-Leistungsbezug mit dem Sozialgeld vollständig verrechnet. Daher gehen Kindergelderhöhungen an in Armut lebenden Kindern und Jugendlichen vorbei. Leistungen wie der Unterhaltsvorschuss oder der Kinderzuschlag sind so zu konzipieren, dass sie dem hohen Armutsrisiko von Kindern Alleinerziehender entgegenwirken.

3. Leistungen müssen einfacher gestaltet und für die Berechtigten leichter zugänglich sein. Bislang sind viele der sozial- oder familienpolitischen Leistungen bei ➔

→ unterschiedlichen Behörden oder Ämtern zu beantragen. Wichtig ist, dass dort jede Tür zu allen Hilfen führt, die Kindern und Familien zur Verfügung stehen. Die unterschiedlichen Antrags- und Verrechnungsregelungen für verschiedene Leistungen, die sich auf dasselbe Kind beziehen, sind nur schwer nachvollziehbar, erschweren den Familien die Nutzung der Leistungen erheblich und konterkarieren die eigentliche Zielsetzung der Familienförderung. Langfristig sollten Familien alle Leistungen für ihre Kinder über eine Stelle in einem Auszahlungsbetrag beziehen.

Wir stellen fest: Ein Aufwachsen in Armut zu verhindern ist eine staatliche Verpflichtung! Die UN-Kinderrechtskonvention gewährleistet allen Kindern und Jugendlichen ein eigenständiges Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf Teilhabe am sozialen, kulturellen und künstlerischen Leben¹. Die Eltern tragen die Verantwortung für das Aufwachsen ihrer Kinder. Der

Staat ist aber dazu verpflichtet, eine angemessene materielle Versorgung von Kindern sicherzustellen und über grundsätzliche sozialpolitische Entscheidungen Rahmenbedingungen zu gestalten, die ein Aufwachsen in Armut verhindern².

Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, braucht es neben Geldleistungen für Familien, Kinder und Jugendliche auch dauerhaft finanzierte Infrastrukturangebote und Unterstützungsmöglichkeiten im Einzelfall. Geldleistungen, Infrastrukturangebote und Unterstützungsangebote dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Kommunen, Länder und der Bund müssen gemeinsam ihre Verantwortung für die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge für Familien wahrnehmen. Das geltende Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen erschwert es, vor Ort gemeinsam in die soziale und familienorientierte Infrastruktur und präventive Hilfen zu investieren.

Kinder und Jugendliche sind arm, weil ihre Eltern arm sind. Gute Arbeit,

die beiden Eltern eine eigenständige Existenzsicherung wie auch Zeit für Fürsorge und Familienarbeit ermöglicht, ist ebenso wichtig wie die Schaffung guter Qualifizierungs-, Weiterbildungs- und Beschäftigungsangebote.

Viele sozial- und familienpolitische Leistungen werden von den Leistungsberechtigten wegen komplizierter Regelungen oder der damit verbundener Kontrollmechanismen nicht in Anspruch genommen. Das gilt für 40% der Leistungsberechtigten in der Grundsicherung, für das Bildungs- und Teilhabepaket und für einen großen Teil der Anspruchsberechtigten beim Kinderzuschlag. Diese versteckte Armut geht auch und gerade zu Lasten von Kindern. Der Staat muss aktiv dafür sorgen, dass Leistungsansprüche einfach zugänglich sind und realisiert werden. Leistungsberechtigte müssen besser über ihre Rechte aufgeklärt und Leistungen transparent, stigmatisierungsfrei und unbürokratisch ausgestaltet werden.

AWO lehnt Einsparungen bei jungen Geflüchteten ab

Integrationskosten sind Investition in die Zukunft. Vergangenen Freitag trafen sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, auch um über die gestiegenen Kosten im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu sprechen. Einig waren sich die Teilnehmenden darin, Kosten senken zu wollen. „Bei der Integration und Betreuung junger unbegleiteter Geflüchteter zu sparen, ist viel zu kurz gedacht. Diese jungen Menschen können und wollen an unserer Gesellschaft teilhaben. Wir sollten ihnen nicht das Gefühl geben, sie seien uns weniger wert, denn eine Umsetzung

der Sparpläne würde bedeuten, dass für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge schlechtere Standards gelten als für einheimische Kinder und Jugendliche“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. Die anwesenden Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten beschlossen die Bundesregierung zu bitten, Regelungen für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu erarbeiten und dabei Steuerungsmöglichkeiten zu verbessern und die Kostendynamik zu begrenzen. Hierzu soll die kostengünstigere Jugendhilfeleistung „Jugendwohnen“ in Sozialge-

setzbuch VIII aufgenommen werden. „Die AWO lehnt Pläne ab, die nur dazu dienen, sparen zu wollen. Die jungen Menschen sollten jede Hilfe bekommen, die sie benötigen. Es darf nicht dazu führen, dass wir eine Jugendhilfe zweiter Klasse bekommen“, betont der AWO Bundesvorsitzende abschließend, denn „Allen Kindern und Jugendlichen muss die notwendige Hilfe zur Verfügung gestellt werden. An der Unterstützung für junge Geflüchtete zu sparen, ist diskriminierend und bringt nur sehr kurzfristig eine Kostenersparnis mit sich: Nicht auf die Herkunft, sondern auf die Zukunft kommt es an!“

Angebote der Stützpunkte und Ortsvereine

Lüneburg

Die beliebten Plattschnackertermine 2017

im „Haus zum Hägfeld“, Lüneburg, Bülows Kamp 35
(Buslinie 5014 bis „Bülows Kamp“)
immer mittwochs von 15.00 bis 17.00 Uhr
Für Gäste heißt es: „Herzlich Willkommen!“

- 20. April
- 18. Mai
- 15. Juni Ausfahrt
- 20. Juli
- 21. September
- 19. Oktober
- 16. November Grünkohl-Essen
- 21. Dezember Weihnachtsfeier

Hobbyskat

Treffen der Skat-Freundinnen und -Freunde alle 14 Tage am Dienstag (immer die „ungerade“ Woche) in der Zeit von 9.45 bis 11.45 Uhr im Bürgertreff Lerchenweg. Leitung Manfred Hinz ☎ 04131 / 49208

Adendorf

Der Ortsverein bietet seinen Mitgliedern und Gästen regelmäßige Spielnachmittage mit Klönschnack, Kaffee und Kuchen in der Ratsdiele an – jeden 1. und 2. Donnerstag ab 14.30 Uhr. Zusätzlich gibt es regelmäßig folgende Angebote:

- Oktoberfest im Ratskeller
- Weihnachtsfeier im Ratskeller
- Sommerfest im Sommer
- Halbtagesfahrten je nach Angebot und Nachfrage

Informationen und Anmeldungen zu den Fahrten bei Elke Schönfeld ☎ 04131 / 981092

Bleckede

Das Angebot der AWO in Bleckede findet sich im Internet unter www.awo-lueneburg.de / „Ortsvereine“ und dann „Bleckede“ anklicken. Auch im Schaufenster des Begegnungszentrums in Bleckede, Breite Str. 39 werden alle Angebote öffentlich bekannt gegeben. Auskunft zu den angegebenen Öffnungszeiten oder telefonisch bei Achmed Date ☎ 05852 / 587

Klönschnack

„Dütt un Datt“ – jeden 1. Mittwoch im Monat ab 15.00 Uhr im Bürgertreff Lerchenweg. Anmeldung und Info bei Kirsten Gienke ☎ 04131 / 49372

Bardowick

Das ev. Gemeindezentrum am Dom ist Veranstaltungsort der Zusammenkünfte an jedem 1. Montag im Monat ab 15.00 Uhr bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde. Informationen und Anmeldung bei Martin Fink ☎ 04131 / 121894

Uelzen

Die breite Angebotspalette der AWO OV Uelzen findet sich im Internet unter: www.awo-uelzen.de und dann „Ortsvereine“ / „OV Uelzen“ anklicken! Die regelmäßigen Angebote finden bei der AWO in der Lindenstr. 20 statt – hier befindet sich auch das OV-Büro. Auskunft gibt Jutta Kalix ☎ 0581 / 72107009

Lüchow

Jeden letzten Samstag im Monat – außerhalb der Schulferien – organisiert die AWO ein (Themen-) Frühstück im „Allerlud“ in Lüchow ab 10.30 Uhr. Gäste sind herzlich willkommen! Informationen bei Gudrun Bölte ☎ 05841 / 6416

Männerfrühstück

Jeden letzten Freitag im Monat ab 9.30 Uhr im Lerchenweg. Anmeldungen und Info bei Manfred Hinz ☎ 04131 / 49208

Mechterzen

Die AWO Freundinnen und -Freunde treffen sich unregelmäßig monatlich zum gemütlichen Beisammensein mit selbst gebackenem Kuchen und Kaffee. Information bei Ingrid Böhring ☎ 04178 / 1296

Bad Bevensen

Der AWO OV Bad Bevensen bietet ein tolles breites wechselndes Monatsprogramm. Dieses findet sich im Internet unter www.awo-uelzen.de und dann „Ortsvereine“ und „OV Bad Bevensen“ anklicken. Auskunft auch über die Vorsitzende Birgitt Sörnsen ☎ 05805 / 981803

Vögelsen

Die AWO Freundinnen und Freunde sowie Interessierte treffen sich jeden dritten Mittwoch im Monat ab 15:15 Uhr im Gemeindezentrum, Schulstraße. Es gibt ein wechselndes Programm, Spiel und Spaß in fröhlicher Runde – gerne auch bei Kaffee und Kuchen. Unregelmäßig finden auch Ausflüge statt. Gäste sind immer herzlich willkommen! Informationen und Anmeldungen beim Regionalverband ☎ 04131 / 759618

Tauschring Lüneburg - Lebendige Nachbarschaftshilfe

Der Tauschring Lüneburg ist ein soziales Netzwerk in der Stadt Lüneburg. Seine Mitglieder unterstützen einander bei alltäglichen Alltagshürden durch den Austausch von Dienstleistungen – freiwillig und ohne finanzielle Mittel. Ganz nach dem Motto „Geben und Nehmen“ von Zeit und praktischer Hilfe gestaltet sich der Tauschring Lüneburg als eine lebendige Nachbarschaftshilfe. Ob Garten- oder Handwerksarbeiten, Gesundheitsberatung oder Kinderbetreuung – die Angebote und Nachfragen von Hilfeleistungen sind breit gefächert.

„Biete Nährarbeiten, suche Gartenhilfe“. Wie das funktioniert? Ganz einfach: Jeder Teilnehmer füllt beim Eintritt in den Tauschring Lüneburg ein Formular aus, in dem er seine Fähigkeiten und Gesuche angibt. Hierbei sind kaum Grenzen gesetzt – vom Putzen über Kräuterwanderungen bis hin zu Malerarbeiten. Für jede geleistete Stunde gibt es Punkte, diese werden dann quittiert und auf einem Punktekonto der Teilnehmer gutgeschrieben. Die Punkte auf dem Punktekonto dienen als Währung für die Inanspruchnahme von anderen Hilfeleistungen. Es geht jedoch nicht darum, wer die meisten Punkte sammelt und ausgeben kann, sondern dienen mehr als Orientierung. Denn Punkte können sowohl verdient, als auch verschenkt werden oder die Teilnehmer tauschen bedingungslos. Es geht nämlich um zivilbürgerliches Engagement und nicht um Verdienst.

Der Grundgedanke ist: Menschen, die nicht so viel Geld oder soziale Kontakte haben, den Alltag zu erleichtern – aber jeder ist herzlich willkommen. Ursprünglich war es ein Projekt von Sozialarbeiterinnen der AWO in Kaltenmoor. Seit etwa 2010 hat sich der Tauschring Lüneburg zu einer kleinen Gemeinschaft, bestehend aus etwa 50 aktiven Mitgliedern unterschied-



lichen Alters und Herkunft entwickelt. Über die praktischen Hilfeleistungen hinaus, werden gemeinsam Freizeitaktivitäten gestaltet oder sogar die ein oder andere Gartenparty geschmissen. Der Tauschring Lüneburg bietet also Bürgern nicht nur Unterstützung im alltäglichen Leben, sondern fördert auch das soziale Miteinander auf gemeinschaftlicher Basis.

Die Mitglieder treffen sich regelmäßig jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat bei Kaffee und Tee, um Hilfe anzubieten, zu suchen und um neue Mitglieder kennenzulernen. „Es dürfen natürlich mehr werden -

vor allem suchen wir handwerklich begabte Männer und junge Familien, die sind nämlich in der Unterzahl“, so Leiterin des Tauschrings Christina Schulte.

Der Tauschring Lüneburg trifft sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat – abwechselnd morgens und nachmittags – im Graalstift, Feldstraße 28. Gäste und Interessierte sind jederzeit herzlich willkommen! Melden Sie sich gerne vorher bei an. **Weitere Infos unter ☎ 04131 / 407660 oder auf der Internetseite www.tauschring-lueneburg.de.**

Hausnotruf



einfach ■ sicher ■ preiswert

- Wir sind seit über 15 Jahren für Sie vor Ort.
- Lassen Sie sich persönlich von uns beraten.



18,35 € Grundpreis

Käthe-Krüger-Str. 15 · 21337 Lüneburg ☎ 0 41 31 / 75 96 18

www.awo-lueneburg.de

Kontakte

Lüneburg

Vorsitzender: Kalle Gienke ☎ 0 41 31 / 5 76 79

Adendorf

Vorsitzende: Elke Schönfeld ☎ 0 41 31 / 98 10 92

Stützpunkt Bardowick

Martin Fink ☎ 0 41 31 / 12 18 94

Mechtersen

Vorsitzende: Ingrid Böhring ☎ 0 41 78 / 12 96

Bleckede

Vorsitzender: Achmed Date ☎ 0 58 52 / 5 87

Stützpunkt Dahlenburg

Erika Stenzel ☎ 0 58 51 / 94 46 96

Bad Bevensen

Vorsitzende: Birgitt Sörnsen ☎ 0 58 05 / 98 18 03

Uelzen

Vorsitzende: Jutta Kalix ☎ 05 81 / 2 10 70 09

Lüchow

Vorsitzende: Gudrun Bölte ☎ 0 58 41 / 64 16

Stützpunkt Vögelsen Treffen über Regionalverband

Jürgen Enke ☎ 0 41 31 / 75 96 14

Rat & Hilfen

Allgemeine Sozialberatung

Lüneburg, Auf dem Meere 41 · Di 9.00 – 10.30
Adendorf, Alte Schule, Dorfstr. 58a · Di 11.30 – 12.30
Bleckede, Breite Str. 39 · Do 9.00 – 11.00
Bad Bevensen, Krummer Arm 15 · Mo 11.30 – 12.30
Uelzen, Lindenstr. 20 · Mo 9.30 – 10.30

Unabhängige Erwerbslosenberatung

Lüneburg, Bülow's Kamp 35 (Buslinie 5014)
Di 8.30 – 12.30; Fr 8.30 – 13.30
Lüneburg, St. Stephanus Passage 15 (Bus 5011 + 5014)
Mi 15.30 – 18.30
Dahlenburg, Dannenberger Str. 20 · Mi 9.00 – 12.00
Lüchow, Georgstr. 2 · Mo 12.00 – 16.00; Do 9.00 – 12.00
Dannenberg, Probsteikamp 12 (Am Bahnhof)
Mo + Mi 9.00 – 12.00; Do 13.00 – 16.00
☎ 0151 / 10 55 92 63
erwerbslosenberatung@awo-lueneburg.de
erwerbslosenberatung@awo-luechow-dannenberg.de

Soziale Schuldner- und Insolvenzberatung

Stadt und Landkreis Lüneburg ☎ 0171 – 3 42 03 06
oder inso@awo-lueneburg.de
Landkreis Lüchow-Dannenberg ☎ 0151 – 10 55 92 63
oder inso@awo-luechow-dannenberg.de



Selbsthilfegruppen für Suchtkranke

- ➔ Lüneburg – Wicherngruppe, Mo 19.00
Lerchenweg / Ernst Braune Str.
☎ 0 41 31 / 5 76 79
- ➔ Dahlenburger Gruppe, Mo 19.00
Dannenberger Str. 20, ☎ 0160 / 7 25 80 29
- ➔ Bleckeder Gruppe, Mi 18.30
Breite Str. 39, ☎ 0160 / 99 82 13 95

Kurberatung für Familien, Mütter, Väter und Kinder

Lüchow ☎ 0 58 41 / 64 16
Lüneburg ☎ 0 41 31 / 75 96 18
Uelzen ☎ 05 81 / 24 23

AWO-Seniorenhilfen

Lüneburg, Bleckede, Bad Bevensen, Uelzen
☎ 0 41 31 / 75 96 18

Persönliche Hilfen für Jugendliche, Familien und Erwachsene – AWOSOZIALe Dienste gGmbH

Lüneburg, Adendorf, Dahlenburg, Dannenberg, Lüchow
☎ 0 41 31 / 86 29 80

Berufshilfen für Jugendliche und Erwachsene AWOCADO Service gGmbH

Lüneburg, Dannenberg, Uelzen ☎ 0 41 31 / 7 59 60

Kinder- und Jugendreisen, Sprachferien

Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Uelzen
☎ 0 41 31 / 7 59 60

Jugendmigrationsdienst

☎ 0 41 31 / 69 96 58 – 12 / 14 / 23

Migrationsberatung für Erwachsene und Flüchtlingssozialarbeit ☎ 0 41 31 / 4 09 00-12

Betreuungsverein Lüchow-Dannenberg

Gesetzliche Betreuungen und Beratung
für ehrenamtliche Betreuer/innen
Dannenberg, Probsteikamp 12
☎ 0 58 61 / 98 55 90